

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlag: Riesner Verlag, Leipzig, Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postfach: Dresden 1500, Große Straße Riesa Nr. 52.

Nr. 168.

Freitag, 16. Juli 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis gegen Vorauszahlung für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintritts von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebogens sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftseite (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reklameseite 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bemerkung: Rabatt erfolgt, wenn der Betrag vorab durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontante zahlt. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Ustättige Unterhaltungsbeiträge: Empfänger an der Kasse. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Drucker oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Riesa; für Druckerei: Wilhelm Dittsch, Riesa.

Die Arbeitsanleihe.

Seit einigen Wochen schweben zwischen dem Reichsfinanzministerium, dem Reichsarbeitsministerium u. führenden Kreisen der Privatwirtschaft Verhandlungen über die Finanzierung des Regierungsprogrammes für die produktive Erwerbslosenfürsorge. Es hat ziemlich lange gedauert bis man an offizieller Stelle eintrifft, daß das Arbeitslosenproblem nicht dadurch zu lösen ist, daß man den Erwerbslosen Woche für Woche ihre fälligen Unterhaltungen ausahlt. Daß es viel wichtiger war, den Erwerbslosen Arbeit, statt Unterstützung zu geben, daß ist wohl tausendmal ausgesprochen worden. Man kann eigentlich kaum annehmen, daß sich der produktiven Erwerbslosenfürsorge, d. h. der Arbeitsbeschaffung für Erwerbslose so große Hindernisse in den Weg stellen, daß man erst kurz vor den Sommerferien des Parlamentes daran gehen konnte, das Arbeitslosenproblem seiner Lösung näher zu bringen. Natürlich ist die Frage der Unterbringung der Erwerbslosen auch damit noch nicht erledigt, wenn das Programm der Reichsregierung durchgeführt ist, aber dieses Programm bedeutet doch wenigstens den ersten Schritt auf einem Wege, der zu einem großen Ziele führt.

Es gibt in Deutschland gegenwärtig annähernd zwei Millionen Arbeitslose. Eine Arbeitsbeschaffung für eine bezahlte Weidenschaft ist natürlich nicht möglich, da die Mittel des Reiches begrenzt sind. Auf jeden Fall aber wird das Programm der Regierung verhindern, daß wie es bisher oft vorgekommen ist, Hunderttausende von Menschen jahrelanger Arbeitslosigkeit ausgeliefert sind. Es ist zunächst beabsichtigt, den Mittelstand auszubauen, einen neuen großen Kanal in Riesen-Schiffen anzulegen und den Bau von neuen Straßen und Chaussees zu fördern. Diese Arbeiten werden zunächst eine Summe von etwa 200 Millionen Mark erfordern. Bevor das Parlament in die Ferien geht, hat es den Reichsfinanzminister ermächtigt, eine Anleihe auszunehmen, um mit den projektierten Arbeiten schon im Sommer beginnen zu können. Zunächst sollen 200 Millionen Mark auf dem Anleihewege beschafft werden, und wenn die Lage des deutschen Geld- und Kapitalmarktes es gestattet, wird die Reichsregierung über diesen Betrag voraussichtlich noch hinausgehen.

Das Programm der Reichsregierung sieht ferner die Aufzucht von Leinwand, den Bau von Wohnungen, die Rugharnmachung von Wasserkräften für die Elektrizitätsversorgung, die Elektrifizierung der Bahnen, den Bau von Schnellbahnen und Reichsbahnen vor. Es ist selbstverständlich, daß bei diesen Unternehmungen auch die Wirtschaftlichkeit berücksichtigt werden muß; denn diese Arbeiten sollen nicht den Charakter von Notstandsarbeiten tragen. Die Ertragsmöglichkeiten der durch das Regierungsprogramm projektierten Anlagen dürfen daher nicht außer acht gelassen werden.

Wolken über Albion.

Die Stärke des britischen Weltreiches liegt zu einem großen Teile zweifellos in der Größe seiner Kolonien. Nur durch die Dezentralisation war es England möglich, seinen Besitz zu halten. Wenn jetzt aber die Dezentralisationsbestrebungen soweit gehen, daß Irland und Kanada z. B. auf eigenes Selbstbestimmungsrecht, d. h. also auf aktiver Außenpolitik unter Aufhebung der Alleinsouveränität der Londoner Zentralregierung bringen, so scheint doch allmählich der Zusammenhang in britischen Weltreich ins Wanken zu geraten. Mit Rücksicht auf die afrikanische Bund davon abbringen lassen, an Stelle des Unionjacks eine eigene Landesflagge zu hissen. Die Dominions verlangen ständige Gesandtschaften, die nicht mehr wie bisher die kommissarischen Vertretungen dem Kolonialamt unterstehen, sondern beim auswärtigen Amt vertreten sind. Es übertrifft deshalb nicht, daß Südafrika und Kanada sowie der irische Freistaat für die diesjährige Reichskongress den Antrag gestellt haben, daß in Zukunft die Generalgouverneure — die sichtbare Vertretung der Reichsunion — von den Dominions selbst ernannt werden sollen. Es scheint, als ob die Dezentralisierung des Imperiums seinem Zerfall vorarbeitet. Die australischen Staaten mit Ausnahme des nicht von einer Arbeiterregierung beherrschten Victoria haben mit ihrem Schriftwechsel mit der Zentralregierung verlangt, daß nur geborene Australier zu Staatsgouverneuren ernannt werden sollen. Vergessen hat man sich der Kolonialminister Ameris an die Vohalität des Staates Victoria, aber auf die Dauer wird der Einheitswille der Dominions zu weitgehender Unabhängigkeit nicht gehemmt werden können. Die canadische Krise hat den Glauben an die Unparteilichkeit der Vertreter des englischen Königs so schwer erschüttert, daß nur durch weitgehendes Entgegenkommen Londons eine Staatskrise vermieden werden kann. Der wachsende Druck der Dominions wird auch bewirken, daß die auswärtige Politik des europäischen Völkerbundes mit den Interessen der überseeischen Kolonien positiver in Einklang gebracht wird.

Bischof Reppner gestorben.

Rottenburg. Dr. Paul Wilhelm von Reppner, Bischof von Rottenburg, ist heute vormittag 9 Uhr im Alter von 74 Jahren infolge Herzkrankung gestorben.

Deutschland soll Frankreichs Schulden zahlen.

Ein Vorschlag des Matin.

Paris. Von französischer Seite wird in letzter Zeit mit allen Mitteln versucht, den Zusammenhang zwischen den deutschen Zahlungen aus dem Dawesplan und den französischen Schuldensatzungen zu konstruieren, den die Engländer bisher nur teilweise ausgegeben, die Amerikaner jedoch entschieden abgelehnt haben. Man sucht mit allen Mitteln an einem Zustand zu kommen, bei dem tatsächlich nicht Frankreich, sondern Deutschland die Amortisation und die Zinsentlastung der französischen Schulden zu übernehmen hätte. Sauerwein kam gestern im Matin auf den Gedanken, die Gesamtheit der deutschen Zahlungen sei im Dawesplan nicht festgelegt worden. Man habe zwar in London von einer Zahl von 37 Jahresleistungen gesprochen und angenommen, daß dies ein Maximum darstelle. Der Dawesplan selbst lege die Zahlungen der Jahresleistungen nicht fest. Man müsse diese Lücke ausfüllen. Die französischen Abmachungen über die Kriegsschulden seien nur gerecht und durchführbar, wenn Deutschland gleichfalls 35 Jahre lang zahlt. Wenn es anders wäre, so würde Frankreich 35 Jahre hindurch seine Verpflichtungen nicht mehr erfüllen können, da die deutschen Zahlungen ausbleiben. Es wäre unmöglich und nicht anständig, einen Vertrag mit Frankreichs Gläubigern zu unterzeichnen, der andere Bedingungen enthalte, als die Verpflichtungen der Schuldner Frankreichs.

Sir Ronald Lindsay englischer Botschafter in Berlin.

London. Der König hat gestern abend die Ernennung des bisherigen Botschafters in Konstantinopel Sir Ronald Lindsay zum Botschafter in Berlin unterzeichnet. Zum Nachfolger Sir Lindsays in Konstantinopel wurde der bisherige Gesandte in Prag Sir George Clerk ernannt.

Berlin. Sir Ronald Lindsay, der zum englischen Botschafter in Berlin ernannt worden ist, entstammt einer alten schottischen Adelsfamilie. Er trat als Attaché 1898 in den diplomatischen Dienst, wo er in Petersburg, Teheran, Washington und Paris tätig, bis er im Jahre 1908 Verwendung im auswärtigen Amt fand und zwar als zweiter Privatsekretär von Lord Grey bis März 1909. Von 1911 ab war er wieder im auswärtigen Dienst, bis 1913 im Haag, dann bis 1919 als Unterstaatssekretär im ägyptischen Finanzministerium, danach Botschaftsrat in Washington und Paris, kam 1921 als Unterstaatssekretär ins auswärtige Amt und ging im März 1925 als Botschafter nach Ankara (Türkei). Als Nachfolger von Sir Henry Humbold hat er sich besondere Verdienste um das Zustandekommen des englisch-türkischen Moskulaabkommens erworben. Seit 1924 ist er in zweiter Ehe mit Elizabeth Hoop, einer Tochter des verstorbenen Newporter Finanzmannes Hoop verheiratet.

Die Golddiskontkredite der Landwirtschaft.

Berlin. Auf eine im Preussischen Landtag vorgebrachte deutsch-nationale Beschwerde über die erheblichen Kosten, die den Landwirten durch Beschaffung der schriftlichen Unterlagen für das Erlangen von Golddiskontkrediten entstehen und eine nicht zu rechtfertigende Belastung darstellten, zumal die meisten Geluche abgelehnt würden, antwortet der Preussische Landwirtschaftsminister im Einvernehmen mit dem Finanzminister, daß die Tatsache der Ablehnung zahlreicher Anträge auf Gewährung der Golddiskontkredite wegen Erschöpfung der zunächst verfügbaren Mittel dem Staatsministerium bekannt sei. Die hierdurch entstehende Enttäuschung in den Reihen der Landwirtschaft sei bei derartigen Aktionen kaum zu vermeiden, solange die verfügbaren Mittel hinter der Nachfrage nach Krediten zurückbleiben. Da die öffentlichen Mittelungen über die Kreditation soweit dem Staatsministerium bekannt, nicht zu der Aufhebung Anlag geben konnten, daß jeder Landwirt bei Einreichung der zur Prüfung der Anträge erforderlichen Unterlagen Anspruch auf Zuteilung eines Kredits habe, mußten sich die Antragsteller über die Möglichkeit einer Ablehnung ihrer Gesuche im Klaren sein. Es ist jedoch zu hoffen, daß den Landwirten in den kommenden Monaten noch weitere Beträge aus Mitteln der Golddiskontbank zufließen werden. Auch ist bei dem gegenwärtigen Stande der Wandkredite der Unterschied zwischen den Bedingungen der Darlehensgewährung durch die Realkreditinstitute einerseits und die Kreditbankkreditanstalt aus den Mitteln der Golddiskontbank andererseits nur noch gering. Immerhin wird die Aufnahmebereitschaft des inneren Marktes eine Unterbringung von Wandkrediten in einem Umfang, wie er durch die Kreditnot der Landwirtschaft an sich geboten wäre, nicht zulassen, und es wird deshalb leider auch künftig damit gerechnet werden müssen, daß nicht alle Kreditgesuche der Landwirtschaft berücksichtigt werden können.

Gandelsvertragsverhandlungen mit der Tschechoslowakei.

Berlin. Die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei sind gestern in Berlin begonnen worden. Die Tschechoslowakische Delegation wurde von Ministerialdirektor Dr. Ritter vom auswärtigen Amt im Namen der Reichsregierung herzlich willkommen geheißen, worauf der Gesandte der Tschechoslowakischen Republik in Berlin, Erzengel Dr. Krofta, in ebenso herzlichen Ausführungen erwiderte. Die Beratungen der Delegation werden auf deutscher Seite von dem Vortragenden Legationsrat Stindel und von

tschechoslowakischer Seite von dem Legationsrat im tschechoslowakischen Ministerium des Aeußeren, Dr. Jbl, geführt, der bis vor kurzem bei der Tschechoslowakischen Gesandtschaft in Berlin mehrere Jahre tätig war. Die Verhandlungen sollen zunächst nur von kurzer Dauer sein und sodann im Herbst d. J. fortgesetzt werden.

Zur Lage der Kleinrentner.

Der Dresdner Kleinrentnerverein hielt am Donnerstag im Saale des Eldorado im Beisein von Vertretern des Landtages, des Stadtverordnetenkollegiums und des Fürsorgeamtes eine öffentliche Mitteilerversammlung ab. Hieran erkrankte die Vorsitzende des tschechischen Kleinrentnerverbandes, Frau Stadtverordnete Voss, Bericht über die Kollage der Rentner. Ihre sachgemäßen und treffenden Ausführungen gipfelten in dem warmen Appell an alle Kleinrentner, in harter Drangsal zusammenzutreten und den Landesverbände in seinen energischen Bestrebungen zu helfen, die Forderungen der Kleinrentner durchzusetzen. An den Vortrag schloß sich eine lebhafte Debatte an. Als Beschlussergebnis der Aussprache nahm die Versammlung schließlich die nachfolgende

Entscheidung

an: Die heute im Eldorado versammelten Dresdner Kleinrentner protestieren in ihrer Gesamtheit mit dem Landesverband der Klein- und Mittelrentner im Reichsverband gegen die entwürdigende Behandlung, wie solche seitens der Fürsorgeämter und deren über- und untergeordnete Stellen geübt wird. Unter schwerem geistlichem Druck und größten Entbehrungen leiden heute die Alten, die einst als fleißige und treue Stützen durch körperliche und geistige Arbeit das frühere Deutschland aufbauten und in schweren Zeiten ihre familiären Ersparnisse bis zum letzten Scherflein auf dem Acker des Vaterlandes opferten. Einst der stolze Mittelstand, bilden diese heute die Kernkraft und die Arme, als Folge der Maßnahmen der verlassenen und zum Teil noch bestehenden Regierungen.

Die Reichsfürsorgepflicht-Verordnung setzte den Kreis der Kleinrentner unter die Fürsorgebedürftigen; die eine gehobene Fürsorge erhalten sollten. Für diese gehobene Fürsorge scheint aber bei den ausführenden Stellen sehr wenig, teils gar kein Verständnis zu bestehen, wie die überaus zahlreichen Anträge und Beschwerden immer wieder aufs neue beweisen.

Wir wollen keine Armenunterstützung, kein Almosen! Wir fordern mit unserem heiligsten Recht die Gleichstellung mit den vielen Tausenden, zum großen Teil noch sehr rüstigen Pensionären des Reiches, der Länder und Gemeinden, und damit auskömmlichen Rentenzug, entsprechend unserem früheren von Reiche vernichteten Vermögen. Wir fordern, daß die entwürdigende Behandlung der Kleinrentner, wie solche durch die Geldentwertung des Pfandrechts an deren noch verbliebenen Vermögenswerten zutage tritt, ausnahmslos in Wegfall kommt. Wir fordern, daß die spärlichen Verdienstarhöhen die ein alter Kleinrentner gütigenfalls noch zu verdienen in der Lage ist, sowie die ihm aus Altersrenten eventuell zustehenden Beträge niemals auf die Fürsorgebesätze anzurechnen sind, solange diese letzteren nicht die Höhe erreicht haben, die den Rentnern wieder erlaubt, sich in menschenwürdiger Weise zu nähren und zu kleiden. Wir fragen die Regierung:

Was gedenkt die Regierung zu tun, den in alten Beziehungen überaus berechtigten Wünschen und Forderungen der Kleinrentner im ganzen Deutschen Reiche entgegenzukommen?

Rückkehr des Reichskanzlers.

Berlin. (Funkpruch.) Reichskanzler Dr. Marx ist von seiner Reise durch die befreiten Gebiete heute vormittag nach Berlin zurückgekehrt.

Der deutsch-englische Kultverkehr.

Berlin. Aus London wird gemeldet: In Beantwortung von Anfragen erklärte der Unterstaatssekretär für das Kulturbüro des Außenministeriums, daß der Entwurf des neuen deutsch-englischen Kulturbüroabkommens sei vorbereitet. Er würde binnen kurzem so weit fertig gestellt sein, daß er den deutschen maßgebenden Stellen zur Prüfung vorgelegt werden könne. Während der Verhandlungen über das Abkommen sei die Erlaubnis für den englischen Luftdienst zum Verkehr nach Berlin und Köln bis zum 31. Dezember verlängert worden, jedoch für andere Flüge über deutsches Gebiet sei eine besondere Berechtigung erforderlich.

Stapellauf von drei deutschen Zerstörern.

Wilhelmshaven. Auf der Marinewerft in Wilhelmshaven liefen gestern die Zerstörer Greif, Wespadler und Albatros glücklich vom Stapel. Die Landfrede hielt Vizeadmiral Bauer.

Die Unruhen in Kalkutta.

London. Einer ergänzenden Meldung aus Kalkutta zufolge ist es im Anschluß an die Unruhen vom gestrigen Morgen zu zahlreichen Überfällen und Mordanschlägen gekommen, bis die Polizei feuerte. Über 100 Personen wurden ins Gefängnis gebracht, von denen 8 gefordert sind. 60 Personen, zumeist Mohammedaner, wurden verhaftet. Bewaffnete Volkskrieger zogen durch das Unruheviertel.